

Lfd. Nr.: _____

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Kreiswahlvorschlag)Anlage 14
(zu § 34 Abs. 4 BWO)

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Zu Kreiswahlvorschlägen von Parteien dürfen Unterschriften erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist; vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Kreiswahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Kreiswahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108 d i.V. mit § 107 a des Strafgesetzbuches strafbar.

Ausgegeben

Hamm, den 26.06.2017

Der Kreiswahlleiter
Im Auftrage

Siemes

Unterstützungsunterschrift

(vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift**A**

oder

B

den Kreiswahlvorschlag der

Name der Partei und ihre Kurzbezeichnung

Piratenpartei Deutschland, PIRATEN

den Kreiswahlvorschlag der

Kennwort des anderen Kreiswahlvorschlages

bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag,

Familienname, Vornamen, Anschrift - Hauptwohnung - 1)

in dem **Keszyüs, Martin, Friesenstraße 12, 59067 Hamm**

als Bewerberin / Bewerber im Wahlkreis Nr. 145, Hamm - Unna II, benannt ist.

Familienname

Vornamen

Geburtsdatum

Straße und Hausnummer - Hauptwohnung -2)

Postleitzahl, Wohnort - Hauptwohnung -2)

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.³⁾

Persönliche und handschriftliche Unterschrift

Datum

Zusatz für A

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift für den Fall der Nichtanerkennung der oben unter A genannten Vereinigung als Partei den obigen Kreiswahlvorschlag als anderen Kreiswahlvorschlag unter dem Kennwort

Kennwort des Kreiswahlvorschlages

Persönliche und handschriftliche Unterschrift

Datum

(Nicht vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts 4)

Der / Die vorstehende Unterzeichner(in) ist Deutsche(r) im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes. Er / Sie erfüllt die sonstigen Voraussetzungen des § 12 des Bundeswahlgesetzes, ist nicht nach § 13 des Bundeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im oben bezeichneten Wahlkreis wahlberechtigt.

Die Gemeindebehörde
Im Auftrage

....., den

.....
Unterschrift und Dienstsiegel

- 1) Wird bei der Anforderung des amtlichen Formblatts der Nachweis erbracht, dass für den Bewerber im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, wird anstelle seiner Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift verwendet; die Angabe eines Postfachs genügt nicht.
- 2) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wahlberechtigten ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch die Angaben gemäß Anlage 2 und Abgabe einer Versicherung an Eides Statt zu erbringen.
- 3) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.
- 4) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Kreiswahlvorschlag und eine Landesliste bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.